Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich

Schiessübungen mit Kampfflugzeugen Draken in Schweden

Während rund drei Wochen befanden sich im September dieses Jahres 11 österreichische Kampfflugzeuge Saab 35 Draken in Schweden, um Schiessübungen durchzuführen. Über dem bekannten Ausbildungsgelände in Nordschweden wurde von den Piloten vor allem der Luftkampf und das Bekämpfen von Luftzielen geübt. Bekanntlicherweise können diese wichtigen Trainingsvorhaben, die für eine volle Einsatzbereitschaft der fliegenden Luftraumüberwachung notwendig sind, über österreichischem Territorium nicht durchgeführt werden.

Diese Ausbildungsaktivitäten österreichischer Piloten in Schweden waren von heftiger Kritik begleitet, wobei zwei Punkte im Vordergrund standen. Erstens gibt es derzeit nur neun vollausgebildete Draken-Berufspiloten, so dass zwei Milizpiloten von den Austrian Airlines kurzfristig abgezogen werden mussten. Für ein eingespieltes Milizsystem wäre eine derartige Vorgangsweise selbstverständlich. In Österreich jedoch sprachen die Medien vom «Ausborgen» von Piloten.

Der zweite Ansatzpunkt der Kritik richtet sich gegen den Zeitpunkt des Unternehmens. Diese Ausbildungsperiode fand während der Golfkrise statt, in einer Phase, in der man amerikanischen Flugzeugen den Überflug über österreichisches Gebiet gestattet hatte.

Natürlich war das Ausbildungsvorhaben seit vielen Monaten eingeplant und mit Schweden abgesprochen. Allerdings meinte man in Österreich, dass man jederzeit mit einer Eskalation zwischen dem Irak und den amerikanischen Streitkräften rechnen musste. In diesem Augenblick hätte Österreichs Regierung die Pauschalbewilligung für die Überflüge von amerikanischen Flugzeugen storniert, worauf eine Kontrolle des Luftraumes notwendig geworden wäre. Kritiker meinten, dass man mit den zurückverbliebenen Saab OE 105 diese Aufgabe nicht durchführen könnte.

Für die Zukunft glaubt man den Engpass bei den Piloten bald überwunden zu haben: In Österreich hat nämlich die Ausbildung von weiteren 24 Piloten auf dem Draken begonnen. TPM

Teile des Heeres zur Grenzüberwachung eingesetzt

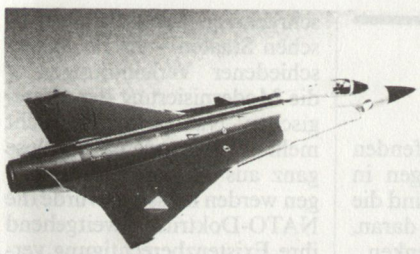
Nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen entschloss sich die österreichische Bundesregierung letzten September, Teile des Bundesheeres zur Grenzüberwachung einzusetzen. Damit wollte man dem ständig zunehmenden illegalen Zustrom von Flüchtlingen, vor allem aus Osteuropa, ein Ende setzen. Vorerst wurde diese Massnahme für die Dauer von zehn Wochen angeordnet. Nach Angaben des Innenministeriums sollen allein im letzten August über 3000 (andere Quellen sprechen sogar von 30 000) Einwanderer (hauptsächlich Polen und Rumänen) über die grüne Grenze illegal nach Österreich gelangt sein. Die Folge war ein gefährlicher Anstieg der Kriminalität, des Schwarzhandels und der Schwarzarbeit, vor allem in den grenznahen Gebieten in Ost-Österreich.

Auf Antrag des Landeshauptmannes von Burgenland sowie des österreichischen Innenministers wurde daher das Bundesheer zur Unterstützung der Gendarmerie und der Zollwache herangezogen, weil diese nicht in der Lage sind, eine lückenlose Grenzkontrolle durchzuführen. Das österreichische Wehrgesetz sieht eine derartige Verwendung von Heeresangehörigen unter diesen Umständen vor. Die Bundesregierung entschloss sich deshalb, für zunächst zehn Wochen zirka 2000 Soldaten zur Überwachung der österreichisch-ungarischen Grenze einzusetzen.

Gemäss Innenminister, dem dieses Truppenkontingent nun untersteht, sind diese Soldaten zum «eingeschränkten Exekutivdienst» berechtigt, d.h., sie dürfen Zurückweisungen und Festnahmen vornehmen. In Fällen, wo sich dies nicht so leicht bewerkstelligen lässt, muss über Funk die Gendarmerie gerufen werden. Ihre «eigentlichen Waffen» dürfen die Soldaten nur im Fall persönlicher Notwehr gebrauchen.

Für diese Überwachungsaufgabe wurden drei Bataillone abkommandiert. Eines im Abschnitt «Nord» (mit dem Politischen Bezirk Neusiedel am See), der den Bereich von der Nordgrenze des Burgenlandes bis zum Seewinkel (etwa 50 km Breite) umfasst. Eines im daran nach Süden angrenzenden Bereich «Mitte» (mit den politischen Bezirken Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg und Oberpullendorf) bis zum Geschriebstein (etwa 50 km Breite) und eines im Abschnitt «Süd» (politische Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf) südlich des Geschriebenensteins (etwa 90 km Breite). Die Einsatzleitung befindet sich in Eisenstadt, die Abschnittskommandanten in Neusiedel am See, Oggau und Pinkafeld. Im Nord-Abschnitt sind Soldaten der 9. Panzergrenadierbrigade, im mittleren Bereich Angehörige des Tiroler Jägerbataillons 21 und im Süden Teile des Landwehrstammregiments 13 eingesetzt.

Die präventive Wirkung der Anwesenheit der Soldaten zeigte sich bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Aktion. Während im nun überwachten Grenzraum Ruhe herrscht, zeichnet sich eine Verlagerung des Einwandererstromes ab. Den österreichischen Sicherheitsbehörden wurde bekannt, dass die in Ungarn agierenden Schlepper Ausweichrouten erkunden. Die Grenzgänger zieht es auch nach Norden in den Raum Ceske Velenice/Gmünd. So nimmt es denn auch nicht wunder, dass mehrere andere Bundesländer wie Nieder- oder Oberösterreich, Kärnten und die Steiermark sich zunehmend für eine Heeresassistenz interessieren. TPM



Kampfflugzeug Saab 35 OE Draken, das in Österreich für Luftraumüberwachungsaufgaben eingesetzt wird.

Frankreich

Streitkräfteplanung 2000

Im Verlaufe der letzten Monate sind weitere Details zum Streitkräfteplan 2000 der französischen Streitkräfte bekanntgeworden (siehe auch ASMZ Nr. 6/1989, Seite 400). Wie vorauszusehen war, hat nun vor allem die «L'Armée de Terre» die für die nächsten Jahre geplanten Kürzungen und Bestandesreduktionen zu verkraften. Die Weiterverfolgung teurer Programme für die Luftwaffe und die strategische Nuklearkomponente liessen letztlich keine andere Möglichkeit offen.

Die heutigen französischen Heeresstreitkräfte, bestehend aus drei Armeekorps und der FAR (Force d'Action Rapide), wird um ein Korps verringert. Der Korpsstab des I. französischen Korps mit Standort Metz wird aufgelöst. Die verbleibenden zwei Korps werden weiterhin der 1. Armee, die nun ihren Stab von Strasbourg nach Metz verlegt, unterstellt bleiben. Noch unklar sind die genauen Unterstellungen bei den Divisionen und wie viele dieser Verbände schliesslich aufgelöst werden sollen.

Zwischen 1991 und 1994 sollen zudem die heute in Deutschland stationierten 50 000 Mann des II. französischen Korps nach Frankreich zurückverlegt werden. Das heisst, dass ab Mitte der neunziger Jahre, abgesehen von multinationalen deutsch-französischen Kräften, praktisch keine französischen Truppen mehr in Deutschland stationiert sind. Mit der Verlegung des Stabes des II. Korps von Baden-Baden nach dem neuen Standort Strasbourg ist bereits begonnen worden.

Änderungen sind auch bei der Territorialorganisation vorgesehen. Die bisherigen drei Militärbereiche (Nordnordost-Frankreich, Mittelmeerregion und Atlantikküste) sollen auf-

gelöst und reorganisiert werden. Die heute 22 Territorialdivisionen umfassende Organisation soll in Zukunft nur noch 10 solcher Divisionen umfassen.

Schliesslich soll durch entsprechende Massnahmen die Zusammenarbeit zwischen den Teilstreitkräften verbessert und standardisiert werden. Versorgungs- und Unterstützungsdienste (z.B. im Führungs- und Übermittlungsbereich) sollen rationalisiert und vermehrt einer multifunktionalen Nutzung zugeführt werden. Gemäss den heutigen Planungen soll das Gros der bis heute bekanntgewordenen Umstrukturierungsmassnahmen innerhalb der nächsten fünf Jahre realisiert werden.

NATO

Das Bündnis ist auf der Suche nach einer neuen Strategie

NATO-Stellen in Brüssel sind derzeit daran, die jetzige Verteidigungsdoktrin des Bündnisses, insbesondere das Konzept der «Flexiblen Antwort», die auf dem Prinzip von Abschreckung und Vorneverteidigung beruht, zu überarbeiten und durch eine neue Strategie zu ersetzen.

Als 1967 die bis heute gültige Strategie der «Flexible Response» eingeführt wurde, ging man von einer starken konventionellen Überlegenheit des WAPA in Europa aus. Durch die nun laufenden Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere die Rückführungen sowjetischer Truppen aus dem Vorfeld sowie mit der geplanten Unterzeichnung des VKSE-Vertrages ist der Notwendigkeit dieser «Flexiblen Antwort» die Grundlage entzogen worden.

Die neuen Strategiegedanken der NATO gehen in Richtung einer sogenannten «Reconstitution Strategy». Die bisher praktizierte Vorneverteidigung soll in Zukunft durch eine sogenannte «Forward Presence» ersetzt werden. Zudem sollen Kernwaffen in der neuen Konzeption, anstelle der bisherigen Androhung des nuklearen Ersteinsatzes, nur noch als «Waffen der letzten Zuflucht» vorgesehen sein.

Das Dokument der neuen NATO-Strategie soll nicht mehr wie bisher geheim klassifiziert sein, sondern – wahrscheinlich im nächsten Jahr – zur Veröffentlichung freigegeben werden. Gemäss bisher vorliegenden Informationen soll sich die neue Doktrin nach der in den letzten Jahren erarbeiteten «Air Land Battle Future» ausrichten. Kleinere mobile mechanisierte Kräfte, wobei reine Panzerformationen eher die Ausnahme sind, sollen für einen intensiven Kampf auch in grössere Tiefen vorgesehen sein.

Gleichzeitig wird neuerdings auch der Fähigkeit eines «Redeployments», als Instrument des Krisenmanagements, Beachtung geschenkt. Eine erforderliche Mobilisierung und Aufrüstung soll je nach Lage sowohl beschleunigt, als aber auch verlangsamt oder wieder rückgängig gemacht werden können.

Aufgrund der veränderten Situation, insbesondere der grösseren Vorwarnzeiten, wird die sogenannte «Regeneration of Forces» ins Auge gefasst. Erst bei einer sich abzeichnenden Bedrohung sollen gewisse Streitkräfte entsprechend angepasst und ausgebildet werden. Bei der sich verändernden Lage, insbesondere in Mitteleuropa, habe es wenig Sinn, den derzeit vorhandenen hohen Ausbildungsstand aufrechtzuerhalten, da man nicht mehr sofort einsatzbereite Verbände benötige. Zudem glaubt man vermehrt auch an eine erst nachträgliche Mobilisierung und Neuaufstellung von Kräften im Bedarfsfalle.

Nach den Veränderungen in Osteuropa wird bei der NATO gegenwärtig auch der mögliche Beitritt weiterer Staaten diskutiert. Bereits hat Ungarn, das zurzeit immer noch dem WAPA angehört, Interesse an einem Beitritt zur NATO gezeigt. Gemäss Nordatlantik-Vertrag wäre ein solcher Beitritt durchaus möglich.

Ausgelöst durch die Golfkrise ist es im Bündnis auch zu intensiven Diskussionen über den Einsatz von NATO-Truppen ausserhalb des Vertragsgebietes gekommen. Gemäss dem Nordatlantik-Vertrag umfasst dieses Gebiet das Territorium der 16 Mitgliedstaaten, den Atlantik bis zum nördlichen Wendekreis des Krebses sowie das Mittelmeer. Ein Einsatz von NATO-Streitkräften in Saudiarabien oder im Irak würde also die heutige Charta der Allianz verletzen.

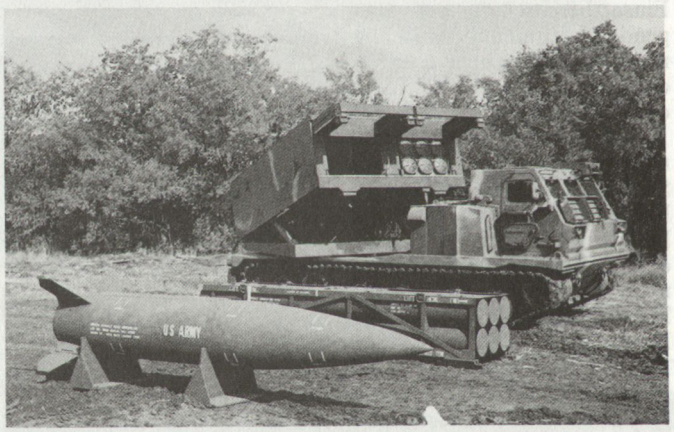
Das neue Bedrohungsbild, das Experten beschreiben, soll aber zunehmend auch von Konflikten ausserhalb Europas geprägt sein. Insbesondere Grossbritannien, aber auch die USA, fordern daher eine Ausweitung des Vertragsgebietes und eine entsprechende Änderung der heutigen NATO-Charta. Damit bestehe jedoch die Gefahr, sagen Skeptiker, dass die im Gegensatz zu der UNO militärisch schlagkräftige NATO in Versuchung gerate, in anderen Staaten zu intervenieren.

Klar ist, dass die neue Bedrohungsbeurteilung, mit zum Teil völlig anderen Gefahrenpotentialen, zu wesentlichen Änderungen bei der NATO-Sicherheitsstrategie führen wird. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass dies in nächster Zeit auch zu gewissen Anpassungen bei der Charta führen wird. hg

Die Strategiediskussionen in der NATO haben auch Konsequenzen für zukünftige Rüstungsentwicklungen:

– Angestrebt werden vermehrt Gemeinschaftsentwicklungen wie z. B. das Heli-Projekt NH90.

Von gewissen Staaten wird die Bedeutung von Boden-Boden-Lenkwaffensystemen in Frage gestellt. ATACM-System (unten), das die Lance ersetzen soll.



USA

Amerikanische Truppenpräsenz im zukünftigen Europa

Im Zuge der tiefgreifenden politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sind die NATO und die USA daran, ihre Strategien zu überdenken.

Seit 40 Jahren stützte sich die NATO auf die nukleare Abschreckung. Wenn die europäischen Staaten – als Folge verschiedener Verhandlungen – die Modernisierung der strategischen Nuklearwaffen nicht mehr zulassen oder wenn diese ganz aus Europa zurückgezogen werden müssten, würde die NATO-Doktrin weitgehend ihre Existenzberechtigung verlieren.

Auch die Vorwärtsstrategie

der USA ist durch das Fehlen einer Grenze in Deutschland, die es zu verteidigen gilt, in Frage gestellt.

Bis Mitte der 90er Jahre wird die Rolle der amerikanischen konventionellen Streitkräfte in Europa als Bastion gegen einen konventionellen Angriff der UdSSR obsolet. Sie werden dann nur noch eine Daseinsberechtigung haben als Basis für eine Verschiebung amerikanischer Verbände aus den USA nach Europa, als Stabilitätsfaktor in Zentraleuropa oder als Kitt innerhalb der NATO.

Die konventionellen Streitkräfte der USA in Europa werden als Folge der Abrüstungsverhandlungen ihre Kampfstärke um 50% reduzieren müssen, das heisst, zwei vollständige Divisionen, zwei Artillerie-Brigaden (AK), ein Armeekorpshauptquartier und zwei selbständige Brigaden müssen zurückgezogen werden. Für die Luftunterstützung werden starke Aufklärungs- und Flab-Strukturen zurückbleiben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Bedarfsfall – angesichts derartig beschnittener Strukturen – viel mehr Zeit einkalkuliert werden muss, um das derzeitige Niveau wieder zu erreichen. Dies wiederum zwingt die NATO dazu, die Rolle der verschiedenen Korps in Zentraleuropa zu überprüfen.

Für die strategische Defensivdoktrin der NATO gibt es vier Varianten:

a) Die *Raumverteidigung*, bei der ein möglichst grosser Raum verteidigt wird und wo die Kräfte aufgespalten werden müssen, die den Gegner in der Tiefe abnützen sollen.

b) Bei der *mobilen Verteidigung* wird der Raum in einen Abschnitt mit Deckungstruppen (Verzögerung und Hinlenken auf vorbestimmte Korridore), in einen Hauptkampfabschnitt und in einen rückwärtigen Kampfabschnitt eingeteilt.

c) Bei der *linearen Verteidigung* bildet man eine «Mauer», die befestigt und mit viel Feuer versehen wird. Dahinter werden Truppen bereitgestellt, die einen eingedrungenen Gegner hinter einer «Bresche» bekämpfen können.

d) Bei der *aggressiven Verteidigung* versucht der Verteidiger, so schnell als möglich die Initiative zu erlangen: Das FOFA-Konzept der NATO (Follow-On Forces Attack) und das AirLand Battle-Konzept der USA gehören zu dieser Kategorie.

Es darf angenommen werden, dass die USA auch in Zukunft an ihrem «AirLand Battle-Konzept» festhalten. Das Gefechtsfeld ist dabei nicht scharf abgegrenzt; es wird sogar in den 90er Jahren noch vergrössert werden, sobald neue Waffensysteme bereitgestellt sind.

Das amerikanische Heer stützt sich auf Systeme für Angriffe in die Tiefe (bis 100 km) wie das ATACMS (Army Tactical Missile System), das ausgeklügelte Aufklärungs-, Überwachungs- und Zielerfassungskapazitäten voraussetzt (JSTARS = Joint Surveillance, Targeting and Reconnaissance System). Dabei werden auch der neue Allwetterjäger Stealth F-117 und die ATF (Advanced Tactical Fighter) eingeplant.

Einen Rückschlag könnte diese Planung allerdings durch Budgetkürzungen erleiden, wie sie zurzeit ernsthaft diskutiert werden.

All die ausgeklügelten Zielerfassungs- und Angriffssysteme zur Verteidigung Europas müssen aber unbedingt in eine Globalstruktur für den Kriegsschauplatz eingebettet werden, da sie sonst nicht optimal wirken können. Die Echtzeitnachrichten, die einer Waffengattung zur Verfügung stehen, müssen an alle taktischen und operativen Stufen der NATO weitergeleitet werden, die in Zentraleuropa operieren, wenn die Angriffe auf die wichtigsten gegnerischen Kräfte gerichtet werden sollen und nicht gegen solche, die für den Ausgang des Ringens von geringer Bedeutung sind. Trotz der Vielfalt derartiger Systeme wurde bisher kein echter Versuch unternommen, diese Systeme in eine homogene Struktur für Mitteleuropa einzubinden, um ihre Wirkung zu optimieren und um den nicht leicht fassbaren Gegner zu vernichten.

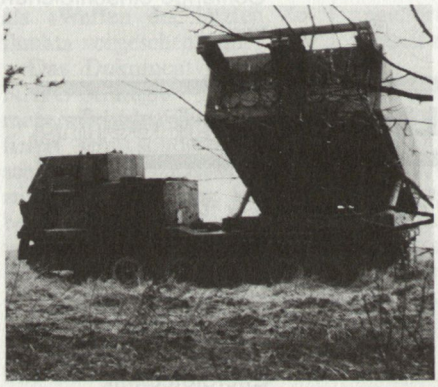
Nach der Reduktion der amerikanischen Präsenz in Mitteleuropa müssen die Luft- und Seetransportkapazitäten der USA eindeutig verstärkt werden (auf dem Bild Luftbetankung eines F-117A durch eine KC-10).

Angesichts der heutigen Zustände in Europa sind vielleicht die aggressiven Verteidigungskonzepte politisch nicht machbar. Mobile Verteidigung und Raumverteidigung könnten aber zur Basis für jene Kräfte werden, die im NATO-Zentralraum stationiert werden. Dies wird besonders dann der Fall sein, wenn ein Partner einseitig abrüsten sollte. Wenn die Sowjets sich ganz aus den osteuropäischen Ländern zurückziehen, dürften früher oder später die USA aufgefordert werden, ebenfalls Europa Mitte zu verlassen und nicht mehr als 30 000 Mann an dessen Grenzen aufzustellen. Die wahrscheinlichste Alternative ist diejenige des totalen Rückzuges der Sowjets und einer kleinen amerikanischen Präsenz im vereinigten Deutschland, zum Beispiel von 50 000 Mann, was eine Struktur bedingen würde, die von der gegenwärtigen total verschieden wäre. Sie könnte einen doppelten Zweck haben: Zunächst wäre sie eine logistische Infrastruktur (Transport-, Versorgungs- und Materialtruppen, Magazine, Kommandoinfrastrukturen) für eine Rückkehr der abgezogenen amerikanischen Verbände. Die Frontelemente dagegen würden wahrscheinlich eine Brigade oder eine Division umfassen und würden einzig zu Aufklärungs- und Ausbildungszwecken eingesetzt. Es ist möglich, dass derartige Verbände nicht über gepanzerte oder mechanisierte Komponenten verfügen müssten. Die Luftunterstützungsverbände würden wahrscheinlich ausserhalb Deutschlands, zum Beispiel in Grossbritannien oder Italien, stationiert.

Man sieht also, dass die geopolitischen Veränderungen, die NATO-internen Umgestaltungen sowie die technologische Entwicklung der konventionellen Streitkräfte in Mitteleuropa nachhaltig beeinflussen.

Bt

(Aus Rivista Italiana Difesa Nr. 8/90)



Das MLRS-System dient der Bekämpfung gegnerischer zweiter Staffeln in der Tiefe.

Tschechoslowakei

Neuerungen in den Steitkräften

Die Tschechoslowakei will ihre bisher vor allem in den westlichen Landesteilen stationierten Truppen in den nächsten zwei Jahren gleichmässig auf alle Landesteile verteilen. Gleichzeitig sollen die Streitkräfte umstrukturiert und deren Bestände reduziert werden. Gegenwärtig zählt die tschechoslowakische Armee noch rund 190 000 Mann. Seit dem letzten November sollen etwa 10 000 Berufsoffiziere und -unteroffiziere die Streitkräfte freiwillig verlassen haben. Zudem sind in dieser Zeit 2000 Offiziere ausgetreten, die sich geweigert hatten, sich auf die neue demokratisch gewählte

Regierung vereidigen zu lassen. Wie in den andern WAPA-Armeen waren auch in der CSFR die meisten Offiziere Mitglied der kommunistischen Partei.

Die heutige Führung der Tschechoslowakei mit Präsident Havel an der Spitze sieht für die Zukunft ein Berufsheer, das ungefähr 130 000 Mann umfassen soll. Der gegenwärtige Bestand von rund 50 000 Berufsmilitärs soll allmählich mit zirka 80 000 Freiwilligen ergänzt werden. Allerdings meinen Kritiker, wie das übrigens auch in der Sowjetunion der Fall ist, dass eine Berufsarmee viel teurer zu stehen kommt als ein Milizheer.

Die eingangs erwähnten Verlegungen sowie die laufenden Umstrukturierungen sind Teil einer neuen Militärstrategie. Die neue Doktrin soll nicht mehr länger auf einem speziellen Feindbild beruhen, sondern die Verteidigung des Landes gegen jeden möglichen Aggressor zum Ziele haben. Im Gegensatz zu Ungarn will aber die Tschechoslowakei vorderhand nicht aus dem WAPA austreten. Allerdings fordert man möglichst rasche Reformen und eine Anpassung der Strategie dieses Bündnisses an die neue Lage in Europa.

Statt der bisher obligatorischen Ausbildung der höheren Dienstgrade in der Sowjetunion sollen in Zukunft tschechoslowakische Offiziere auch in Schulen und Kurse in westlichen Ländern abkommandiert werden. Entsprechende Vereinbarungen mit Grossbritannien und Frankreich stehen vor dem Abschluss. Zudem sind auch Gespräche auf militärpolitischer Ebene mit Deutschland im Gange, wobei angenommen werden kann, dass es auch hier zu regen Kontakten kommen wird. hg

WAPA

Sonderkommission erarbeitet Reformvorschläge

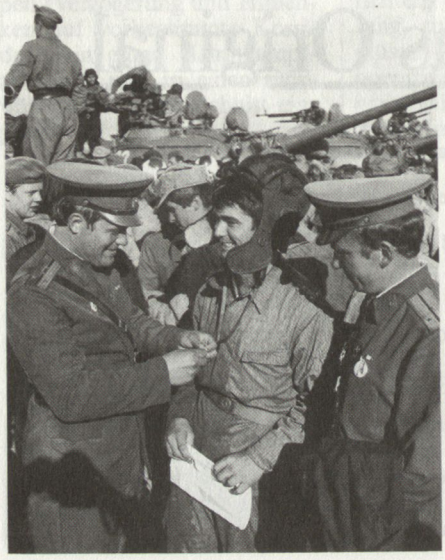
Der Warschauer Pakt, der «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand» zwischen den osteuropäischen Ländern, steht gegenwärtig in einer ernsthaften Krise. Seit Juni ist deshalb eine Sonderkommission daran, für das östliche Militärbündnis Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Vor allem soll an einer Ausweitung oder gar Umwandlung dieser heute ausschliesslich militärischen Organisation zu einem vermehrt politischen Pakt ins Auge gefasst werden.

Diese Sonderkommission, in der Mitglieder aus allen heutigen Teilnehmerländern vertreten sind, wurde anlässlich des letzten WAPA-Gipfeltreffens im Juni eingesetzt. Bis zum nächsten Gipfel im November soll ein vollständiger Entwurf vorliegen, der alle vorgesehenen Änderungen bezüglich Charakter, zukünftige Funktion und Aktivitäten des Bündnisses beinhalten soll. Gemäss Informationen aus Sofia, wo diese Kommission im September tagte, sollen Polen, Ungarn und die CSFR gemeinsam einen vorschrittlichen neuen Entwurf eingebracht haben.

Vorgesehen ist, dass im November diese Vorschläge diskutiert und allfällige Änderungen bereits endgültig verabschiedet werden.

Denn die Zeit drängt, falls im November keine Reformen beschlossen werden, muss mit weiteren Austritten (nach der DDR und wahrscheinlich Ungarn) aus dem Warschauer Pakt gerechnet werden.

Inzwischen sind Ende September in Moskau, am Sitz des WAPA-Oberkommandos, die DDR-Offiziere verabschiedet worden. Die in den Führungspositionen sitzenden NVA-Generäle wurden durch den Oberkommandierenden des Paktes, den sowjetischen General Luschew, entlassen. Aber auch andere Mitgliedländer haben bereits ihre Absicht kundgetan, die im WAPA-Oberkommando abkommandierten Offiziere entweder zu reduzieren oder allmählich abzuziehen. Möglicherweise will man damit den Druck auf die sowjetische WAPA-Führungsspitze verstärken, um im Bündnis die dringend notwendigen Reformen insbesondere eine Gleichberechtigung unter den Partnern, möglichst rasch durchzusetzen. hg



Die sogenannte «Waffenbrüderschaft» unter den Truppen des WAPA existiert heute nicht mehr.

Sowjetunion

Berufsarmee: Ja oder Nein

Als Resultat der bis 1991 laufenden unilateralen Streitkräftereduzierungen wird der Bestand der sowjetischen Streitkräfte auf 3,76 Millionen Mann (bisher rund 4,5 Millionen) reduziert. Von diesem neuen Gesamtbestand sind 35 Prozent Berufssoldaten (Offiziere, Fähnriche, aber auch weibliche Angehörige). Folglich werden bereits Ende 1990 nur noch rund 65 Prozent des Streitkräftebestandes aus Wehrdienstleistenden bestehen (etwa 2,4 Millionen).

Diese Zahlen zeigen, dass der Prozess der Professionalisierung der Streitkräfte schon im Gang ist. Dieser Prozess wird aufgrund des Einflusses einer Reihe von Faktoren noch weitergehen. Einer davon ist die steigende Kompliziertheit der Waffen und Geräte. Eine teilweise Professionalisierung der Streitkräfte ist also unabdingbar. Schon heute ist der Anteil an Wehrdienstleistenden in einer Reihe von Truppengattungen und auf den Kriegsschiffen unter 50 Prozent gefallen. Das schliesst eine zukünftige Anwesenheit von Wehrdienstleistenden aber nicht aus. In den kommenden 15 bis 20 Jahren dürfte sich das Verhältnis zwischen Wehrdienstleistenden und Berufssoldaten bei etwa 1:1 einpendeln.

Ein anderer Faktor ist die Abhängigkeit vom Niveau der ökonomischen Entwicklung des Staates. Ein vollständiger Übergang zu einer Berufsarmee würde Kosten verursachen, die beim jetzigen Zustand der Wirtschaft unbezahlbar sind. Hier einige Zahlen, um dies zu belegen: Wenn wir eine Berufsarmee haben wollten, so müssten wir jedem Soldaten im Mittel 400 Rbl monatlich zahlen. Die Gehälter der Fähnriche und Offiziere sind entsprechend höher. Der Verbrauch an Wohngebäuden würde sich bei den Streitkräften um 6,75 Prozent erhöhen. All das würde das Verteidigungsbudget um 12 bis 16 Mia Rbl vergrössern. Es gibt deshalb nur einen Ausweg: Mit einer Verkleinerung der Streitkräfte und einer Vergrösserung ihres professionellen Teils die Verteidigungsfähigkeit bei einem gekürzten Budget aufrechterhalten.

Die historische Analyse und die kriegsökonomische Beurteilung unserer Möglichkeiten berechtigen zu sagen, dass die optimale Grösse unserer Armee bei 2,5 bis 2,8 Mio Mann liegt. Dies gilt für Friedenszeiten.

Die heutige Verteidigungsdoktrin, die sich auf dem Prinzip der vernünftigen Hinlänglichkeit gründet, hat schon neue Tendenzen im militärischen Aufbau gezeitigt. Wenn die volkswirtschaftliche Entwicklung des Landes wie geplant verläuft, so werden die Verteidigungsausgaben im laufenden Jahr etwa 8 Prozent des BSP betragen und schon 1991 nur noch 7 Prozent. Mitte der 90er Jahre kann die UdSSR Militärausgaben haben, die dem globalen Durchschnitt entsprechen. es

(Aus Wojennyi Wjestnik Nr. 8/90 ■